

Embargo: 26 April 1974 20h00

dodis.ch/53977

~~Sperrfrist: 29. April 1974~~

Handexemplat

REFERAT DES VORSTEHERS DES
EIDGENOESSISCHEN POLITISCHEN DEPARTEMENTS
IN STEFFISBURG, AM 27. APRIL 1974

- Schweizerische Aussenpolitik heute -

Meine Damen und Herren,

Wenige Tage trennen uns vom 1. Mai, dem Tage der Solidarität unter den Werktätigen, dem Tage, der seit über 80 Jahren dem Kampf um Gerechtigkeit, sozialen Fortschritt und Sicherheit gewidmet ist. Ein mühsamer Kampf mit vielen Rückschlägen und Enttäuschungen, aber letztlich doch ein erfolgreicher Kampf, wenn wir das dadurch Erreichte - in unserem Lande wie in vielen anderen industrialisierten Staaten - betrachten.

Gestatten Sie mir als dem für die Aussenpolitik verantwortlichen Mitglied des Bundesrates, die Errungenschaften des 1. Mai auch auf die internationale Szene zu übertragen, wo wir heute den gleichen Forderungen und Problemen mit einer Intensität begegnen, wie sie kaum je auf der Ebene eines einzelnen Landes bestanden hat. Der Kampf der Arbeiterschaft der Industriestaaten wiederholt sich heute auf weltweitem Massstab durch das massive Auftreten von gegen hundert Ländern der weniger entwickelten Teile der Erde, die bis jetzt am Rande des Weltgeschehens gelebt haben und nun in dessen Mittelpunkt treten. Sie fordern nicht nur Anerkennung, sondern Gerechtigkeit, Gleichbehandlung und Entwicklung. Dem "Vierten Stand", ^{alle} der Arbeiterschaft der Anfangsjahre des 1. Mai, entspricht heute die "Dritte Welt", die ebenso deutlich - und ebenso berechtigt - an die Türen der Besitzenden - diesmal der industrialisierten Staaten - klopft und sie an ihre Verantwortung erinnert. Und genauso wenig wie sich die demonstrierenden und streikenden Arbeiter mit einigen Brosamen und vagen Versprechungen der Fabrikanten begnügten, begnügen sich die Entwicklungs-

länder heute mit blosser Hilfe. Was sie fordern, ist ein grösseres Verständnis für ihre Probleme, einen Dialog unter Gleichberechtigten, kurz: eine Partnerschaft. Der Begriff der Solidarität, den die Schweiz seit Jahrzehnten als dessen logische Fortsetzung neben den der Neutralität gestellt hat, gewinnt so eine neue Bedeutung: Es geht nicht darum, aus schlechtem Gewissen oder Schuldgefühl Almosen zu verteilen und sich dann wieder von der Sache abzuwenden. Die Zeiten der rein ⁱⁿcharitativen Entwicklungshilfe sind vorbei. Daher spricht der vom Bundesrat dem Parlament vorgelegte Gesetzesentwurf auch nicht von Entwicklungshilfe, sondern von Entwicklungszusammenarbeit. Er deutet damit an, dass die Beziehungen unseres Landes zu den Ländern der Dritten Welt nicht die eines Gebenden zu einem Nehmenden - oder, drastischer ausgedrückt, eines Reichen zu einem Bettler - sein sollen, sondern Beziehungen zwischen gleichberechtigten Partnern, in denen jeder Teil sowohl gibt als auch nimmt. Diese Gleichheit kann bei den heutigen Voraussetzungen sicher nicht von Anfang an bestehen, aber sie muss das Ziel sein, auf welches alle Bestrebungen von Beginn an ausgerichtet werden müssen. Der Geist der Gleichberechtigung und der Partnerschaft muss diese Beziehungen prägen.

Sie werden nun vielleicht fragen, ob hinter dieser Forderung nicht auch eine Art von idealistischem Wunschdenken stehe, das sich vom bisherigen reinen Wohltätigkeitsdenken kaum unterscheidet. Die Forderung nach Partnerschaft und Gleichberechtigung hat jedoch mit Idealismus gerade so wenig zu tun wie die Entwicklungszusammenarbeit als solche. Sie ist ein Gebot der politischen Vernunft und entspricht den Realitäten der heutigen Welt, in der die Entwicklungsländer die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder der Staatenfamilie ausmachen. Partnerschaft und Zusammenarbeit sind darüber hinaus auch Gebote der wirtschaftlichen Realität, nämlich der immer enger werdenden Verflechtung und der gegenseitigen Abhängigkeit von entwickelten und unterentwickelten Staaten, besonders im Bereich der Rohstoffe und der Nahrungsmittel. (Wenn es dazu noch eines Beweises bedurfte, so hat ihn die Energiekrise geliefert. Sie hat gezeigt, dass wir von

- 3 -

den Produkten der Dritten Welt ebenso - wenn nicht mehr - abhängen, wie ein Teil dieser Dritten Welt von unserer Hilfe. Ich sage bewusst "ein Teil", denn die Energiekrise hat darüber hinaus auch gezeigt, dass wir zwischen denjenigen Ländern der Dritten Welt, die über reiche Rohstoffquellen verfügen, und denen, die keine besitzen, unterscheiden müssen. Das schwierige Gleichgewicht zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern ist durch das Aufkommen einer ganzen Reihe von potentiell reichen - weil erdölproduzierenden - Staaten der Dritten Welt weiter kompliziert worden und zwingt uns daher zu einer Neubeurteilung der Lage. Daher hat auch das Parlament vom Bundesrat einen Zusatzbericht zum Entwicklungsgesetz verlangt, der diesen neuen Faktor berücksichtigt.

Wir dürfen nun aber aus der Erdölkrise nicht den irrigen Schluss ziehen, die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern sei angesichts des wachsenden Reichtums der Produzentenstaaten nicht mehr notwendig und auch angesichts der steigenden Erdölpreise im eigenen Land nicht mehr zumutbar. Wir dürfen nicht vergessen, dass die über-grosse Anzahl der Entwicklungsländer ^{ausserhalb} kein Erdöl produziert und viele von ihnen von den steigenden Preisen für diese lebensnotwendigen Produkte noch wesentlich härter betroffen werden als wir selbst. Die Energiekrise hat lediglich als weiteres Signal dafür gewirkt, wie notwendig eine Neustrukturierung der gesamten Beziehungen zwischen dem entwickelten Norden unserer Welt und dem vielfach unterentwickelten Süden geworden ist. Das Bewusstsein, über einige der wichtigsten Energiequellen der Welt zu verfügen, hat nicht nur den erdölproduzierenden Ländern selbst, sondern der Dritten Welt als Ganzem ein neues Selbstbewusstsein gegeben, das wir in den kommenden Jahren überall verspüren werden. Die kürzliche ausserordentliche Generalversammlung der UNO in New York, die ausschliesslich dem Rohstoffproblem gewidmet war, hat in dieser Beziehung einen aufschlussreichen Verlauf genommen.

All dies hat uns in der Meinung bestärkt, dass die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern nicht eine vorübergehende Geste

sein kann, sozusagen eine Alibi-Handlung, sondern eine ständige Beschäftigung unserer Aussenpolitik sein muss, die auf lange Frist in unserem ureigensten Interesse liegt. Die Welt ist durch die Energiekrise noch kleiner geworden. Wir können nicht mehr isoliert leben und ohne Rücksicht auf das, was in der Welt vorgeht, unseren Geschäften nachgehen. Die Energiekrise ist nur die erste Krise dieser Art. Auch wenn ihr akutes Stadium überwunden sein sollte, so werden ihre Folgen - Verknappung, Verteuerung - wohl ständige Faktoren unseres künftigen Lebens bleiben. Weitere Krisen um andere Rohstoffe sind nicht ausgeschlossen. Eines Tages werden wir vielleicht sogar vor einer Nahrungsmittelkrise stehen, wie sie sich heute schon in einigen Teilen der Dritten Welt drastisch zeigt. Kurz gesagt, unsere Abhängigkeit von der Welt wird bestimmt nicht abnehmen, sondern in Zukunft noch weiter wachsen.

Nun. Vor dieser Situation gibt es drei Möglichkeiten des Verhaltens:

- Die erste scheint mir bereits ausgeschlossen, und trotzdem ist sie bei vielen Menschen unseres Landes so etwas wie die natürliche Reaktion: der Rückzug auf sich selbst, die Rückkehr ins Schneckenhaus, eine Trotzreaktion, oder plastischer ausgedrückt, eine Vogel-Strauss-Politik. Ich glaube, eine solche Haltung können wir uns angesichts der heutigen Probleme in der Welt einfach nicht mehr leisten. Wer eine derartige Einstellung etwa als die wahre Bedeutung der Neutralität auffasst, hat den wirklichen Inhalt dieses Begriffes nicht erfasst.

- Die zweite Haltung bestünde darin, einfach alles passiv hinzunehmen, indem man sich von vorneherein sagt, ein kleines Land wie das unsrige könne ohnehin am Laufe der Welt nicht viel ändern. Ich glaube, diese Haltung unterscheidet sich nur wenig von der ersten. Wir hätten zwar den Kopf nicht mehr im Sand wie der Vogel Strauss, sondern würden ihn zum Zuschauen benützen und um ab und zu unser Missfallen auszudrücken über das, was jenseits des Gartenzauns vorgeht.

- Die dritte Einstellung besteht darin, selbst unseren, wenn auch nur kleinen, Teil der Verantwortung zu übernehmen und unseren, wenn auch nur geringen, Einfluss überall dort geltend zu machen, wo es uns möglich ist. Ich bin Realist genug, um unsere Einflussmöglichkeiten nicht zu überschätzen, aber ich habe manchmal das Gefühl, wir unterschätzen uns selbst. Wir gehören immerhin zu den drei oder vier reichsten Ländern der Welt, gehören zu dem Dutzend Staaten, die den grössten Anteil am Welthandel haben, sind eine wirtschaftliche "Macht" mittleren Grades und sogar eine kleine finanzielle Grossmacht. Wir haben also einen gewissen Einfluss auf die Weltwirtschaft und damit auch auf die Politik; ein Einfluss, der jedenfalls über die 6 Millionen Einwohner unseres Landes hinausgeht. Draussen in der Welt - auch in der Dritten Welt - weiss man das. Man sieht in der Schweiz schon lange nicht mehr den stillen Käse-, Schokolade- und Uhrenproduzenten, sondern das ganze wirtschaftliche und finanzielle Potential des Landes. Das heisst, man schaut uns heute kritischer an als noch vor 20 Jahren, man erinnert uns an unsere Verantwortung, nicht mehr nur als Neutraler, sondern eben auch als Angehöriger des "Klubs der Reichen". Man ist nicht mehr ohne weiteres bereit, für uns eine Ausnahme zu machen, nur weil wir in der Vergangenheit so brav waren und keine Kolonien hatten. Was die Dritte Welt interessiert, ist die Schweiz von heute und nicht irgendein schönes Postkartenbild aus der Vergangenheit. Es werden uns Fragen gestellt, die wir beantworten müssen. Es spielt dabei gar keine Rolle, ob wir Mitglied der UNO sind oder nicht; wir können uns solchen Fragen nicht entziehen. Ich nenne als Beispiel nur die von der UNO verhängten Sanktionen gegen Rhodesien. In diesem Fall waren wir ganz einfach gezwungen, uns der Politik wirtschaftlicher Zwangsmassnahmen anzuschliessen, die von einer Institution verhängt worden waren, der wir nicht als Mitglied angehören.

Es bleibt uns also gar nichts anderes übrig, als uns der Konfrontation mit der Welt ausserhalb unserer eigenen auszusetzen. Und ich glaube, wir können das am besten tun, je enger und konstanter unsere Kontakte zu dieser Dritten Welt sind, je besser wir sie verstehen und je besser wir uns ihr verständlich machen. In diesem

Lichte muss auch unser Verhältnis zu den Vereinten Nationen, in denen heute die Staaten der Dritten Welt zahlenmässig dominieren, gesehen werden. Unser Abseitsstehen wird von diesen Staaten immer weniger verstanden, und wir müssen uns überlegen, ob wir nicht innerhalb der Weltorganisation mehr für sie - und damit für uns - tun können als ausserhalb. Der Bundesrat hat bekanntlich im vergangenen Sommer eine Konsultativkommission eingesetzt, die gründlich alle Vor- und Nachteile eines allfälligen schweizerischen Beitritts zur UNO prüfen soll.

Die Oeffnung zur Welt - sei es im Zusammenhang mit der Entwicklungszusammenarbeit, sei es im Zusammenhang mit der UNO-Frage - ist die logische Folge nicht nur der Solidarität, sondern auch der Universalität unserer Beziehungen. Es gibt heute nur noch wenige Staaten auf der Erde, mit denen wir keine diplomatischen Beziehungen unterhalten und wo unser Land nicht in irgendeiner Weise präsent ist.

Lassen Sie mich, nach Neutralität, Solidarität und Universalität, noch ein weiteres Prinzip unserer Aussenpolitik erwähnen, nämlich die Disponibilität, d.h. die guten Dienste, die unser Land dank seiner Neutralität und seiner Erfahrung ab und zu in Konfliktsituationen leisten kann. Um auch hier ein Beispiel zu nennen, möchte ich an die gegenseitige Vertretung der Beziehungen zwischen Indien und Pakistan durch unser Land erinnern. Insgesamt hat die Schweiz zur Zeit über 20 solcher Mandate inne. Ich darf hier daran erinnern, dass es der schweizerischen Regierung zu verdanken ist, dass das IKRK die Heimschaffung ägyptischer und israelischer Kriegsgefangener in Rekordzeit bewerkstelligen konnte. In beiden Fällen hat unser Land der Sache des Friedens gedient.

Noch ein letztes Wort zum Kapitel "Oeffnung zur Welt". Es betrifft einen traditionellen Teil der schweizerischen Aktivität im Ausland, nämlich die humanitäre Hilfe, sei es im Falle von Naturkatastrophen oder von Konflikten. Dieser Teil unserer Aussenpolitik soll durch das gleiche Gesetz wie die Entwicklungszusammenarbeit auf

eine neue Basis gestellt werden. Ein bemerkenswerter Faktor in diesem Zusammenhang ist die Aufstellung eines Freiwilligenkorps für Katastrophenhilfe, welche dieses Jahr noch unter der Leitung eines Spezialdelegierten des Bundesrates abgeschlossen werden soll.

Auch auf einer anderen Ebene hat sich der Bundesrat für das humanitäre Element unserer Aussenpolitik eingesetzt, nämlich durch die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Weiterentwicklung der Genfer Rotkreuz-Konventionen, deren erste Etappe dieses Frühjahr in der Stadt Henri Dunants stattgefunden hat!

Ich sagte vorhin, dass das Engagement für die Dritte Welt in unserem eigenen Interesse liege. Diese Feststellung betrifft nicht nur die wirtschaftliche Seite des Problems, sondern in weiterem Sinne auch unsere eigene Sicherheit. Denn so, wie es ohne soziale Gerechtigkeit keinen Arbeitsfrieden geben kann, ist auch ohne Gerechtigkeit unter den Staaten und Völkern kein dauernder Friede in der Welt möglich. Ungerechtigkeit ist eine ständige Quelle von Konflikten, und wir haben es mehr als einmal erlebt, dass kriegerische Auseinandersetzungen in weit entfernten Erdteilen ihre direkten oder indirekten Auswirkungen auch auf unser Leben haben.

Nach allen diesen Ueberlegungen ist unsere Oeffnung zur Welt die logische Folge einer Entwicklung, zu der es keine Alternative gibt. Wir dürfen uns aber von dieser Entwicklung nicht überrollen lassen, sondern müssen darauf achten, sie in der Hand zu behalten. Dies ist die Aufgabe unserer Aussenpolitik.

Darüber hinaus ist die Oeffnung zur Welt aber auch die logische Fortsetzung unserer bisherigen Aussenpolitik, die sich aus naheliegenden Gründen in den letzten Jahren und Jahrzehnten vor allem auf Europa konzentriert hatte. Auch gegenüber unserem eigenen Kontinent galt es, vorerst schrittweise eine Oeffnung vorzunehmen. Ein erster bedeutender Schritt in dieser Richtung war unser Beitritt zum

Europarat vor nunmehr elf Jahren. Dieses Gremium mit Sitz in Strassburg umfasst heute alle demokratisch regierten Staaten Westeuropas und hat in den genau 25 Jahren seines Bestehens in aller Stille Grosses geleistet. Lassen Sie mich nur ein Beispiel erwähnen, welches die Schweiz in nächster Zeit besonders beschäftigen wird: die Europäische Menschenrechtskonvention, das wohl vornehmste und auch wagemutigste Werk des Europarates. Sie begnügt sich nicht damit, die klassischen Freiheitsrechte, die in den meisten demokratischen Verfassungen aufgezählt sind, zu bestätigen, sondern gibt darüber hinaus jedem einzelnen Europäer die Gelegenheit, sich an die Menschenrechtskommission in Strassburg zu wenden, wenn er sich durch seinen eigenen Staat in einem dieser Rechte verletzt fühlt. Lange hat die Schweiz gezögert, dieser Konvention beizutreten, da sie einige wichtige Vorbehalte hätte anbringen müssen. Aber nachdem das Schweizervolk vor drei Jahren die Einführung des Frauen-Stimm- und Wahlrechts auf Bundesebene und vor einem Jahr die Abschaffung der Jesuiten- und Klosterartikel der Bundesverfassung beschlossen hat, sind die hauptsächlichsten Hindernisse gefallen. So hat denn der Bundesrat kürzlich dem Parlament die Ratifikation der Menschenrechtskonvention beantragt.

Die zweite wichtige Oeffnung gegenüber Europa - zumindest einem Teil davon - erfolgte vor zwei Jahren mit dem Abschluss unseres Freihandelsabkommens mit den damals sechs, heute neun Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaften. Das Schweizervolk hat dieses Abkommen im Dezember 1972 mit grossem Mehr gutgeheissen und damit die Politik des Bundesrates, die darauf hinzielte, unser Verhältnis zu den Gemeinschaften unter voller Aufrechterhaltung der Neutralität, der Handlungsfreiheit nach aussen sowie der föderalistischen und demokratischen Struktur im Innern zu gestalten. Die seitherigen Erfahrungen haben erwiesen, dass die Schweiz damit auf dem richtigen Wege war.

Kaum war dieses wichtige Vertragswerk unter Dach und Fach, unternahm unser Land einen weiteren Schritt der Oeffnung gegenüber Europa, diesmal gegenüber unserem Kontinent in seiner Gesamtheit:

- 9 -

durch die Teilnahme an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welche 33 europäische Staaten sowie die USA und Kanada, zunächst in Helsinki und gegenwärtig in Genf, vereinigt. Es war das erste Mal, dass sich unser Land an einer internationalen Konferenz von vorwiegend politischem Charakter beteiligte, wenn man vom Völkerbund absieht, dem jedoch eine ganze Reihe wichtiger Mächte nicht angehörten. Die Sicherheitskonferenz umfasst jedoch, mit einer einzigen Ausnahme, alle Länder Europas und gleichzeitig die beiden mächtigsten Staaten der Welt. Im Gegensatz zu manchen Befürchtungen, wurde diese Konferenz jedoch nicht zu einem Exklusivgespräch zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion und nicht einmal zu einer ausschliesslichen Konfrontation zweier Blöcke. Sie ist eine Verhandlung zwischen 35 gleichberechtigten Staaten, von denen jeder seine eigenen Interessen hat und auch vertritt. Wenn die KSZE diesen Verlauf und nicht einen anderen genommen hat, so ist dies nicht zuletzt einer Gruppe von etwa zehn Staaten zu verdanken, die keiner der beiden militärischen Allianzen in Europa angehören. Zu ihr zählen auch die vier neutralen Staaten Oesterreich, Schweden, Finnland und die Schweiz. Ihnen - und damit uns - ist es gelungen, trotz ihrer mannigfachen Bindungen zur westlichen Welt, deren Gedankengut sie teilen, eine eigene und allseits anerkannte unabhängige Rolle zu spielen. Die bisherigen Erfahrungen in Helsinki und Genf haben erwiesen, dass man sehr wohl seine eigene Meinung vertreten und trotzdem neutral sein kann, und dass die Teilnahme an internationalen politischen Diskussionen die Neutralität nicht schwächt, sondern im Gegenteil stärkt. Wir sollten nicht versäumen, daraus die nötigen Schlüsse zu ziehen.

Vorerst gilt es jedoch, den Abschluss der Sicherheitskonferenz abzuwarten. Im Moment, da ich zu Ihnen spreche, ist noch nicht abzusehen, wann die Arbeiten der Kommissionen in Genf beendet sein werden und zu welchem Zeitpunkt dann die dritte und abschliessende Phase in Helsinki stattfindet. Vor allem ist das Resultat der Kommissionsarbeiten noch nicht deutlich erkennbar, das sich in einer Reihe von Dokumenten zu den verschiedensten Punkten der Tagesordnung

- 10 -

(Sicherheit, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Information, menschliche Kontakte, Kultur) niederschlagen soll. Von der Qualität dieser Resultate wird aber manches abhängen, vor allem die Frage, auf welcher Ebene die dritte Phase zusammentritt, und die Frage, ob die Konferenz irgendein Gremium bilden soll, das nach ihrem Abschluss deren Beschlüsse weiterverfolgt. Der Bundesrat wird zur gegebenen Zeit aufgrund der in Genf erzielten Resultate die Haltung der Schweiz zu diesen Fragen festlegen.

Unsere aktive Teilnahme an der Sicherheitskonferenz hat es auch erlaubt, unsere Beziehungen zu den Staaten Osteuropas weiter auszubauen. Aus Gründen, die ausserhalb unseres Einflusses lagen, waren diese Beziehungen während rund 20 Jahren weniger intensiv als mit den Staaten des westlichen Europas. In den vergangenen Jahren, noch vor der KSZE, sind jedoch die direkten Kontakte zu den meisten dieser Staaten deutlich ausgebaut worden. Dies zeigt sich vor allem in der Erneuerung unserer Handelsverträge mit Osteuropa, durch die Intensivierung der wissenschaftlich-technischen Beziehungen, namentlich mit der Sowjetunion, und schliesslich durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik, mit der eine der letzten Lücken im Netz unserer Kontakte geschlossen und ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Universalität unserer Beziehungen getan wurde.

* * *

*

Meine Damen und Herren, ich habe in der kurzen, mir zur Verfügung stehenden Zeit versucht, Ihnen einen knappen Ueberblick über einige Aspekte unserer Aussenpolitik zu geben. Vieles musste unerwähnt bleiben, so etwa das ganze mannigfaltige Netz der direkten Beziehungen zu über hundert Staaten, die tägliche Arbeit unserer Botschaften und Konsulate im Ausland und der entsprechenden Dienste in Bern, der Schutz schweizerischer Interessen, seien es Menschen

oder materielle Werte, die Probleme der Auslandschweizer oder die Fragen der kulturellen Präsenz unseres Landes im Ausland. Ich habe Ihnen auch nicht von unserer Mitarbeit in einer grossen Zahl von internationalen Organisationen, im Rahmen der UNO oder ausserhalb, berichten können, deren Aufgabenbereich von der Weltraumforschung bis zur Ozeanographie und von der Erziehung bis zum Umweltschutz reicht. Ich habe auch nicht die Zeit gehabt, Ihnen darzulegen, was unser Land heute schon auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit leistet.

Ich hoffe dennoch, Ihnen einen Einblick in die vielfältigen Aufgaben des Politischen Departements gegeben zu haben. Es ging mir dabei weniger um eine Aufzählung der verschiedenen Probleme, als darum, Ihnen zu zeigen, wie eng heute unser Schicksal mit demjenigen der Welt verbunden ist. Und es ging mir ^{auch} darum, klarzulegen, dass wir auf die Herausforderungen, die täglich auch an unser kleines Land gestellt werden, vorbereitet sein müssen. Wir haben keinen Grund, pessimistisch zu sein, denn wir haben alle Voraussetzungen, um diesen Herausforderungen gewachsen zu sein: eine gesunde Wirtschaftsstruktur, sozialen Frieden, eine starke Währung und nicht zuletzt eine trotz allen Mängeln gut funktionierende Demokratie. Sie ist die beste Basis auch für eine gute Aussenpolitik. Denn obwohl nicht jede aussenpolitische Frage dem Volk zur Stellungnahme unterbreitet werden kann - eine Neuregelung des Staatsvertragsreferendums ist ja im Gang -, so kann es doch auf lange Sicht keine erfolgreiche Aussenpolitik ohne die Unterstützung des Volkes geben. Jeder einzelne sollte sich also in Zukunft noch viel intensiver mit aussenpolitischen Fragen beschäftigen, und zwar nicht nur mit solchen aus der unmittelbaren Nachbarschaft, sondern aus der ganzen Welt. Die Initiative Ihres Kreises zu einem aussenpolitischen Gespräch liegt ganz in diesem Sinne, und ich ^{wäre} danke Ihnen daher ^{nochmal} besonders, ^{danke} dass Sie mir heute Gelegenheit gegeben haben, zu Ihnen zu sprechen.

* *

*